

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß)

- a) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Horst Gibtnier, Claus-Peter Grotz, Rainer Haungs, Manfred Heise, Dr. Dionys Jobst, Michael Jung (Limburg), Theo Magin, Rudolf Meini, Eduard Oswald, Norbert Otto (Erfurt), Gerhard O. Pfeffermann, Helmut Rode (Wietzen), Ferdi Tillmann, Anneliese Augustin, Wilfried Böhm (Melsungen), Dr. Maria Böhmer, Klaus Brähmig, Paul Breuer, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnel, Wolfgang Ehlers, Maria Eichhorn, Wolfgang Engelmann, Dr. Gerhard Friedrich, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus Harries, Dr. Renate Hellwig, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Georg Janovsky, Dr. Egon Jüttner, Peter Kittelmann, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Franz Heinrich Krey, Dr. Dietrich Mahlo, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Maria Michalk, Hans-Werner Müller (Wadern), Alfons Müller (Wesseling), Dr. Rolf Olderog, Friedhelm Ost, Susanne Rahardt-Vahldieck, Dr. Bertold Reinartz, Kurt J. Rossmanith, Heinz Rother, Ortrun Schätzle, Günther Schartz (Trier), Christian Schmidt (Fürth), Trudi Schmidt (Spiesen), Michael von Schmude, Dr. Andreas Schockenhoff, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Dr. Hermann Schwörer, Heinrich Seesing, Dr. Hans-Joachim Sopart, Bärbel Sothmann, Karl Stockhausen, Dr. Ruprecht Vondran, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Bernd Wilz, Dr. Roswitha Wisniewski, Wolfgang Zeitlmann, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ekkehard Gries, Horst Friedrich, Roland Kohn, Manfred Richter (Bremerhaven), Dr. Klaus Röhl und der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 12/2281 —

zur Erklärung der Bundesregierung
Deutsche Verkehrspolitik im zusammenwachsenden Europa

**b) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2293 —****zu der Erklärung der Bundesregierung
Deutsche Verkehrspolitik im zusammenwachsenden Europa****A. Problem**

Das Zusammenwachsen Europas im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes und die Öffnung der osteuropäischen Staaten sind Anlaß, Ziele und Maßnahmen der Verkehrspolitik zu überprüfen.

B. Lösung

Anpassung bzw. Festlegung von Zielen und Maßnahmen der Verkehrspolitik gemäß dem Entschließungsantrag auf Drucksache 12/2281.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**C. Alternativen**

Neuorientierung der Verkehrspolitik gemäß dem Entschließungsantrag auf Drucksache 12/2293.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 12/2281 wird angenommen.
2. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 12/2293 wird abgelehnt.

Bonn, den 11. November 1992

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Elke Ferner
Berichterstatterin

Dr. Klaus Röhl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Elke Ferner und Dr. Klaus Röhl

- I. Die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 12/2281 und 12/2293 hat der Deutsche Bundestag in seiner 85. Sitzung am 19. März 1992 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 11. November 1992 behandelt.

- II. 1. Ziel der Vorlage auf Drucksache 12/2281 ist es, im Hinblick auf das mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und der Öffnung der osteuropäischen Staaten verbundene Verkehrswachstum und seine Folgen die teilweise gegenläufigen Ziele der Verkehrspolitik miteinander in Einklang zu bringen.

Als Ziele der Verkehrspolitik werden betont:

- die Erhöhung der Verkehrssicherheit,
- die Wahrung der Mobilitätsbedürfnisse der Bürger,
- die Bereitstellung von Verkehrs- und Transportmöglichkeiten für die Wirtschaft insbesondere durch erheblich erweiterte Schienenkapazitäten,
- der Schutz der Umwelt und die Senkung der Umweltbelastungen,
- die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen,
- die Erhaltung und Förderung des Standortes Bundesrepublik Deutschland im europäischen Raum,
- die Erhaltung der mittelständischen Struktur des Verkehrsgewerbes.

2. Die Vorlage auf Drucksache 12/2293 bezeichnet die bisherige Verkehrspolitik als „gescheitert“ und fordert eine Neuorientierung und Kurskorrektur der deutschen und europäischen Verkehrspolitik.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Erarbeitung eines integrierten Gesamtverkehrskonzeptes zu beginnen, das die Systemvorteile der einzelnen Verkehrsträger ökonomisch und ökologisch sinnvoll nutzt und verknüpft, und in dem die Ziele Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf die jeweils umweltverträglichsten Verkehrsträger

und Optimierung der Verkehrsströme im Vordergrund stehen. Schwerpunkt der kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen müsse eine deutliche Stärkung der Bahn sein. Der öffentliche Personennahverkehr müsse in Zukunft vor Ort organisiert und verantwortet werden. Mittelfristig sei im Rahmen eines integrierten Gesamtverkehrskonzeptes ein verkehrsweigübergreifender Gesamtausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur zu entwickeln. Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, bei der EG mit allem Nachdruck für die Umsetzung eines integrierten Verkehrskonzeptes auch auf europäischer Ebene einzutreten.

- III. 1. Der Ausschuß für Wirtschaft und der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben jeweils mehrheitlich dem Antrag auf Drucksache 12/2281 zugestimmt und den Antrag auf Drucksache 12/2293 abgelehnt.

2. a) Im Ausschuß für Verkehr besteht Übereinstimmung, daß das Zusammenwachsen Europas und die Öffnung der osteuropäischen Staaten neue Herausforderungen an die Verkehrspolitik stellen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen halten die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die in der Vorlage auf Drucksache 12/2281 (s. o. II. 1), die Vertreter der Fraktion der SPD dagegen die in der Vorlage auf Drucksache 12/2293 genannten Zielsetzungen und Maßnahmen (s. o. II. 2) für notwendig und sachgerecht.

- b) Der Ausschuß für Verkehr hat mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste empfohlen, den Antrag auf der Drucksache 12/2293 abzulehnen. Er hat weiter mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste empfohlen, den Antrag auf der Drucksache 12/2281 anzunehmen.

Bonn, den 11. November 1992

Elke Ferner
Berichterstatlerin

Dr. Klaus Röhl
Berichterstatler